Verklerikalisierung des Waadtlandes

Autor(en): **Morf, Max P.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Freidenker [1956-2007]**

Band (Jahr): **53 (1970)**

Heft 6

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-411832

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

wortlichen katholischen Führer auf die Fragen:
«Sind die Jesuiten selber bereit, Toleranz zu üben und den Religionsfrieden zu respektieren?
Bezweckt der Jesuitenorden nicht mehr den Kampf gegen die Reformation und Andersgläubige?
Widersprechen seine Ordensregeln nicht mehr dem Geiste unserer Demokratie?»
Aber hier herrscht Schweigen. Ihre Ordensleitsätze wurden weder geändert, noch aufgegeben, die Schweizer Verfassung nicht respektiert, sondern missachtet. Hohnlächelnd über die laxen Schweizer wurden auch Wohnsitze im Kanton Wallis und Luzern wie Lehr- und Vortragstätigkeit beibehalten. Und doch beweist unzweideutig die schon weit verbreitete Bereitschaft zur Aufhebung der Ausnahmeartikel den guten Willen der einen Seite. Nicht einmal das Beispiel der Tragik in Irland heute wird beachtet.
Irland kennt kein Jesuitenverbot. Darin kann also der Grund ihrer hartnäkkigen Wehrhaftigkeit nicht liegen. Die Protestanten dort wissen nur zu gut, dass alle politische Macht auf katholische Seite gebracht werden soll, um sie somit auszuschalten. Die grosse Tragik dieses Machtkampfes liegt darin, dass bei den Meldungen schlauerweise durch Presse, Radio usw. die Konfessionszugehörigkeit hervorgehoben und so der ganze Konflikt als Konfessionskrieg gebrandmarkt wird. In Wahrheit ist es eben doch ein politischer Machtkampf zwischen einem prosperierenden und einem rückständig denkenden Teil des Landes.
In der Schweiz zeigt die Koordinierung der katholischen Presse angesichts der bevorstehenden Abstimmung einen taktisch wohlüberdachten Schritt, der sich nicht mit wirtschaftlicher Ueberlegung tarnen lässt. Die Verleger der katholischen Tageszeitungen «Aargauer Volksblatt», «Basler Volksblatt», «Solothurner Nachrichten», «Neue Zürcher Nachrichten» mit den Kopfblättern «Nordschweiz», «Hochwacht», «Schwyzer Nachrichten» haben sich entschlossen, ihren Inseratenteil vom 4. Mai 1970 an kombiniert anzubieten. Die Gesamtauflage umfasst damit 62 034 Exemplare.
Parallel laufen Verhandlungen, um auf redaktionellem und technischem Gebiet eine gemeinschaftliche Lösung in einem grösseren Rahmen innerhalb der Gruppe aller katholischen Zeitungen zu verwirklichen.
Das Lehrfach für Zeitungsfachleute an der katholischen Freiburger Hochschule scheint Früchte zu tragen. Erst recht dann, wenn die nicht katholische Presse mit Redaktoren und Mitarbeitern gespickt ist, die ihrem eingeimpften Freiburger Gedankengut freien Lauf lassen.
Noch ist die Abstimmung über die Verfassungsänderung ferne, und schon will der Kanton Solothurn das Kloster Mariastein, bisher nur Wallfahrtsort, wieder als Kloster einsetzen und ihm gebührende Ländereien zusprechen. Und so wird es weitergehen. — Unsere Rohstoff- und Lebensmittelbasis im Auslande und die Abhängigkeit davon wurde bereits erwähnt. Nun soll eine leichtsinnige Einbürgerungsmethode und einseitige Verkatholisierung des Landes die Glaubensfreiheit gefährden und die Schweiz bedenkenlos übervölkern. Die letzten Jahrzehnte erwiesen, dass nicht nur die Bevölkerungszunahme den Boden mehr beansprucht, sondern auch die Zunahme der Technisierung und des Wohlstandes. Letzterer bedeutet mehr Baulandbedarf, mehr Autos, mehr Verkehrsfläche usw., kurz mehr Siedlungsfläche pro Einwohner. Mit dem Wohlstand steigt auch der Pro-Kopf-Bedarf an Nahrung, Wasser, Rohstoffen und Luft.
Es ist unglaublich, dass heute Freidenker die seit Jahren planmässig vorrükkende katholische Gefahr in ihrem gleissnerischen Wesen nicht erkennen wollen und den Mitgliedern der FVS die Ausnahmeartikel der Bundesverfassung als überholt bezeichnen und zur Aufhebung empfehlen.

L. Endres

Verklerikalisierung des Waadtlandes

Am 9. und 10. Mai 1970 wurde von den waadtländischen Stimmbürgern das neue Katholikenstatut mit rund 39 000 Ja- gegen 32 500 Neinstimmen knapp angenommen. Die Stimmbeteiligung betrug nur 25 Prozent. Die katholische Kirche steht nun rechtlich der reformierten gleich, was zur Folge hat, dass der Kanton Waadt in Zukunft jährlich vier bis fünf Millionen Franken für den katholischen Kultus aufwenden muss — und dies zu Lasten aller Steuerzahler, ob diese katholisch, reformiert, jüdisch oder auch konfessionslos sind, denn im Waadtland gibt es keine besondere Kirchensteuer wie in den meisten anderen Kantonen, sondern die Kirche wird vom Staat unterhalten. Heute sind ungefähr 30 % der Einwohner dieses westschweizerischen Kantons katholisch.
Gerade dieses Staatschristentum hat die Gegner des Katholikenstatuts auf den Plan gerufen: Leute aus Linkskreisen, Befürworter einer Trennung von Kirche und Staat, Rom-Gegner usw. Das «Aktionskomitee für die Gleichberechtigung der Kirchen» hob an einer vor der Abstimmung gehaltenen Pressekonferenz hervor, dass die vom waadtländischen Grossen Rat voreilig genehmigte Vorlage dem Grundsatz der Rechtsgleichheit widerspräche. Denn durch die Beseitigung eines bisher an den Katholiken ausgeübten Unrechtes durch Gewährung einer staatlichen finanziellen Hilfe an diese Minderheit würde die gegenwärtige Ungerechtigkeit gegenüber den anderen religiösen Minderheiten nur verlängert. Dieses Projekt stelle demgemäss eine Verletzung der Rechtsgleichheit dar, weil sie den anderen christlichen Gemeinschaften und der israelitischen Gemeinde nicht Rechnung trüge. Im Kanton Waadt gäbe es 140 (!) Sekten. Das Aktionskomitee schlug die Einführung einer getrennten Kirchensteuer vor, welche von jedem Bürger zu Gunsten derjenigen Glaubensgemeinschaft, der er angehört, erhoben werden soll. Wer keiner Religion angehört, müsse diesen Beitrag nicht zahlen, und dies in Uebereinstimmung mit der Bundesverfassung, welche die Glaubens- und Gewissensfreiheit garantiert.
Leider haben die Stimmberechtigten einer weiteren Verklerikalisierung ihres Kantons den Segen gegeben. Die Befürworter der Vorlage können sich über das Ergebnis der Abstimmung aber nicht so richtig freuen, denn trotz einer massiven Propaganda seitens der bürgerlichen Parteien, der beiden Kirchen und trotz redaktionellen Aufrufen in allen grossen Zeitungen war die Zahl der Gegenstimmen überraschend gross.
Gewiss ist der bisherige Zustand unhaltbar geworden, denn im Interesse

des konfessionellen Friedens kann man eine Minderheit, welche fast einen Drittel der Bevölkerung ausmacht, nicht länger unbeachtet lassen. Die ideale und gerechte Lösung für alle hätte in einer völligen Trennung von Kirche und Staat, wie sie im Kanton Genf seit einigen Jahrzehnten besteht, erreicht werden können. Leider haben sich die Behörden zu einem Schritt rückwärts entschlossen wie vor einigen Jahren die Zürcher. Ja, das liebe Geld hat es wirklich in sich. Max P. Morf

Was unsere Leser schreiben

Zu «Vorurteile»

Da wird dem Schweizer wieder zum xten Male vorgeworfen, er sei ein Fremdenhasser und begegne dem Ausländer mit lauter Vorurteilen. Die Gegner der Schwarzenbach-Initiative haben offenbar das Wort «Fremdenhasser» gepachtet, wie seinerzeit die Frauenstimmrechts-Gegner den Ausspruch: «Die Frau gehört an den Herd.» Das sodet einen an!
Ich habe als Berufstätige viel Kontakt mit Ausländern und komme gut mit ihnen aus. Auch habe ich im Gegensatz zu Herrn Hallauer keine Vorurteile gegen ihre Konfession und diejenige von Herrn Schwarzenbach. Meine Kolleginnen und Kollegen sind alle im Bild, dass ich seit 30 Jahren der FVS angehöre, und niemanden stört das. Mehr Toleranz würde auch Herrn Hallauer nichts schaden.
Was mich zur Befürworterin der Schwarzenbach-Initiative machte, ist nicht Fremdenhass, sondern die viel zu grosse Zahl der Ausländer in der Schweiz.
Sogar meine spanische temperamentvolle Kollegin findet die Anzahl — 1 Million Ausländer auf 5 Millionen Schweizer — viel zu hoch. Und wer das nicht einsieht, ist am Profit interessiert. Andere Länder kommen auch mit weniger Fremdarbeitern aus und leben trotzdem im Wohlstand.
Nun, lassen wir das Schweizervolk (leider noch ohne Frauen) an der Urne sprechen! Grety Weber, Bern

*

Wer mit jungen Menschen über die Schwarzenbach-Initiative spricht, hört etwa die Meinung, dass unser Ziel ein

Unzeitgemässe Aphorismen

von Jakob Stebler

Ueberzeugung ist vielfach Glaube ohne Notbremse.

*

Der Glaube macht dem Wissen Schmutzkonkurrenz.

*

Zuflucht suchen, namentlich auf dem Gebiete des Glaubens, setzt eine Fluchtbereitschaft voraus.

*

Die Menschen sind so verschieden. Um seinen Seelenfrieden zu erlangen, braucht der eine ein Glas Bier, der andere benötigt eine zweistündige Predigt.

*

Je mehr dem Menschen verheissen wird, desto mehr glaubt er es.

*

Die viele Anstrengung, die das Denken erfordert, kann man sich durch glauben ersparen.

*

Der Weg zur Hölle ist mit guten Vorsätzen gepflastert; über den Weg zum Himmel gibt das Pfarramt Auskunft.

*

Das religiöse Gleichgewicht beruht auf der Voraussetzung, dass die andern unsern Standpunkt teilen.

*

Da jeder sich selbst der Nächste ist, hat die Nächstenliebe einen unangenehmen Beigeschmack.

*

Jesus Christus predigte die Liebe; seine Nachfolger predigen den Hass gegen Andersdenkende. Aber man muss ihnen eine gewisse Toleranzmarge zubilligen.

*

Kein Mensch würde seinen Körper einem Chirurgen anvertrauen, der sich über seine Fähigkeit nicht ausweisen kann. Aber seine Seele anvertraut er ohne weiteres einer unbewiesenen Instanz.

*

Der Mensch stehe über dem Schaf? — Es lassen sich beide gleich willig zur Schlachtbank führen.

*

Masse Mensch vor dem Lautsprecher: motorisierte Gedankenlosigkeit.

*

Wohl rümpft der Pharisäer die Nase über den Zöllner, er braucht ihn aber zu seiner eigenen Rechtfertigung.

*

Schicksal — die landläufige Rechtfertigung für Bequemlichkeit.

*

Der landläufige Patriotismus besteht zu einem kleinen Teil aus echter Gefühlsregung. Der Rest ist kitschige Sentimentalität gepaart mit verschämter Geschäftstüchtigkeit.

*

Nach soundsoviel Enttäuschungen wird der Mensch resigniert. Diese Resignation nennt er Lebenserfahrung.

*

Wenn ein Ziegel vom Dach fällt, sehen wir darin einen Zufall. Fällt er aber irgendwem auf den Kopf, so suchen wir einen tieferen Sinn dahinter und nennen es Schicksal.

*

Ein Fusstritt von IHM: die Ekstase der Sklavenseele.

*

Der gesunde Menschenverstand ist jene Eigenschaft, die man bei Andersdenkenden vermisst.

*